

Der WirtschaftsReport

Nachrichten und Kommentare

März 2010

2. Jahrgang

DIE LANDTAGSWAHL in Nordrhein-Westfalen hemmt die Bundesregierung Regierung Merkel / Westerwelle im Stimmungstief

> Günter Spahn

Seit immerhin schon 4 ½ Monaten ist die neue Bundesregierung in Berlin im Amt und ihr Erscheinungsbild ist nicht nur in der breiten Öffentlichkeit schwach! Wie soeben eine Forsa-Erhebung im Auftrage des Magazins Stern und RTL ergab, hat die Bundesregierung nur noch eine Zustimmung von 41%; wäre heute Bundestagswahl, hätten die Parteien links von der schwarz-gelben Koalition einen

en der Politik zu bestimmen hat.

Irritierte Wirtschaftsverbände

Und noch ein weiterer wichtiger Punkt fällt auf. Die Wirtschaft, die ja eine wachstumsorientierte Politik für neue Arbeitsplätze braucht, artikuliert ebenfalls offene Kritik. So hat jüngst der BDI-Präsident Hans-Peter Keitel in einem Interview mit der F.A.Z. (2.3.2010) die „Orientierungslosigkeit“ der Regierung fünf Monate nach der Wahl beklagt und

„Orientierungslosigkeit“ sind ja geradezu Steilvorlagen für die Opposition. Tatsächlich werden aus wahltaktischen Überlegungen der wichtigen Landtagswahl am 9. Mai 2010 im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen entweder völlig unnütze plakative Sozialdebatten (was kann man Hartz IV Empfängern zumuten) losgetreten oder wichtige Entscheidungen etwa in der Energiepolitik vertagt. Tatsächlich ist die Wahl für den Düsseldorfer Landtag die einzige bedeutende Wahl im Bundesgebiet in diesem Jahr.

Fehlende energiepolitische Rahmenbedingungen

Bei der Umsetzung der politischen Rahmenbedingungen etwa für umweltfreundliche Hightech-Kohlekraftwerke mit CO₂-Abscheidung (CCS), die noch zu Zeiten der Großen Koalition verabschiedet werden sollten, herrscht offenbar Sendepause. Der neue Umweltminister Norbert Röttgen (CDU) hat eine völlig unnütze Atom-Debatte (ab 2030 wird in Deutschland kein Atomstrom mehr benötigt) losgetreten. Darüber hinaus hat er auf der Klimakonferenz in Kopenhagen die Wirtschaft in Deutschland mit der Aussage überrascht, bis zum Jahre 2020 die Treibhausgase um 40% zu senken. So etwas liest sich sehr schön, wenn man bedenkt, dass bereits 30% ein sehr ehrgeiziges Ziel sind.

Die von Röttgen vorgegebene Messlatte könnte mehr Arbeitsplätze in der energieintensiven deutschen Industrie vernichten und weniger neue, bei aller Anerkennung für regenerative Technologien, schaffen. Dies gilt umso mehr, wenn neue Kraftwerke für die Grundlast nur unter erschwerten Bedingungen durchgesetzt werden können.

Die deutsche Industrie – dies haben jetzt wieder die über das Land gefegten Stürme gezeigt – braucht für eine preiswerte und sichere Energieversorgung nach wie vor konventionelle Kraftwerke und diese sind auch im Interesse einer günstigen Stromrechnung für die Privatverbraucher. Warum sagt dies die neue Bundes-

regierung den Leuten nicht?

Populismus bei Arzneikosten

Ein anderes Beispiel für Populismus stellt die „Kampfansage“ von Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) an die Pharmaindustrie dar. Er will die Kosten im Gesundheitswesen reduzieren und dabei setzt er auf dirigistische Maßnahmen. „Ich habe immer gesagt, dass ich hart an die Pharmaindustrie und deren Preise herangehen werde“, meinte er medienwirksam. Rösler will die Pharmaindustrie zwingen, die Preise mit den Krankenkassen auszuhandeln. Auch dies hört sich vielleicht gut an, wenngleich das Vorgehen eher mit einer gelenkten Planwirtschaft vergleichbar ist. Wie sieht aber die Wirklichkeit aus? Zunächst liegen die Arzneikosten in Deutschland im europäischen Mittelmaß. Würden neue Präparate, wie es Rösler will, einer wissenschaftlichen Überprüfung im Hinblick auf einen Zusatznutzen für die Patienten unterzogen (wer nimmt diese Überprüfung und zu welchen Kosten vor?), so würde dies die forschungsin intensive Pharmaindustrie in ihren medizinischen Innovationen zu Lasten der Volksgesundheit bremsen. Ganz im Gegenteil tragen innovative Medikamente (rechtzeitig angewendet) dazu bei, Behandlungskosten zu reduzieren. Eine Studie des Verbandes der forschenden Pharmaunternehmen hat belegt, dass durch den rechtzeitigen Einsatz moder-

In diesem Report

Seite 2: RWE AG, Essen

Seite 3: Eon AG, Düsseldorf

Seite 4: Die Bedeutung der Strom- bzw. Übertragungsnetze

ner Medikamente (also in einem frühen Krankheitsstadium) allein bei fünf Volkskrankheiten rund 9 Milliarden Euro gespart werden.

Ebenfalls planwirtschaftliche Züge hat die Drohung des Ministers, das Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) zu beauftragen, Kosten-Nutzen-Analysen bei neuen Medikamenten zu erstellen, wenn sich Kassen und Pharmaindustrie nicht auf Preise einigen können, die offenbar im Interesse der Kassen sein sollen. Dies hört sich ganz nach Bürokratie und Amtsschimmel an, denn auch diese Analysen werden ja nicht zum Nulltarif vorgenommen. Mit derartigen Maßnahmen, die übrigens mit einer liberalen Politik nach dem Strickmuster der FDP nicht vereinbar sind, trägt man nicht dazu bei, in Deutschland weiterhin in eine innovative Forschung und Produktion, mit den damit verbundenen Arbeitsplätzen, zu investieren.

Dies, was wir jetzt lesen und hören, sind alles hilflose politische Maßnahmen, die wenig zielführend sind und offensichtlich nur aus Erwägungen wahltaktischer Überlegungen getroffen werden. Die Bürger haben ein feines Gespür dafür und deshalb befindet sich schwarz-gelb im Formtief.



Innovative CO₂-arme Kohlekraftwerke (CCS) brauchen politische Akzeptanz. © Vattenfall

Stimmenanteil von 51%. Nun könnte man schnell wieder zur Tagesordnung übergehen mit dem Argument, dies seien nun mal Momentaufnahmen. Dies ist schon richtig, aber selbst die Große Koalition trat gerade zu Beginn ihrer Amtszeit seinerzeit mit einer großen Geschlossenheit auf, während die Bürger heute eine große Zerstrittenheit (und dies nach nur 4 ½ Monaten) zwischen CDU, CSU und FDP erleben – und dies in aller Öffentlichkeit! Es fehlt der Zusammenhalt und leider vermisst man auch die ordnende Hand der Bundeskanzlerin, die ja immerhin die Richtlini-

en der Politik zu bestimmen hat. Und noch ein weiterer wichtiger Punkt fällt auf. Die Wirtschaft, die ja eine wachstumsorientierte Politik für neue Arbeitsplätze braucht, artikuliert ebenfalls offene Kritik. So hat jüngst der BDI-Präsident Hans-Peter Keitel in einem Interview mit der F.A.Z. (2.3.2010) die „Orientierungslosigkeit“ der Regierung fünf Monate nach der Wahl beklagt und

„Orientierungslosigkeit“ sind ja geradezu Steilvorlagen für die Opposition. Tatsächlich werden aus wahltaktischen Überlegungen der wichtigen Landtagswahl am 9. Mai 2010 im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen entweder völlig unnütze plakative Sozialdebatten (was kann man Hartz IV Empfängern zumuten) losgetreten oder wichtige Entscheidungen etwa in der Energiepolitik vertagt. Tatsächlich ist die Wahl für den Düsseldorfer Landtag die einzige bedeutende Wahl im Bundesgebiet in diesem Jahr.



Die Pharmaindustrie (im Bild Roche Penzberg) ist bedeutender Wirtschaftsfaktor. © Roche

WAS LIEGT im nationalen Interesse?

Schlüsseltechnologien müssen im deutschen Einfluss bleiben

Zwei Energiekonzerne, Eon und Vattenfall, haben ihre Hochspannungsnetze verkauft. Auf die Bedeutung der Stromübertragungsnetze inklusive der „Smart Grids“ (intelligente Netze für die Energiezukunft) kommt es für eine gesicherte, preiswerte und umweltfreundliche Energieversorgung als Schlüsselfaktor für Beschäftigung und Lebensqualität wesentlich an. Darüber berichten wir in diesem WirtschaftsReport auf Seite 4. Während Vattenfall sein 9.700 Kilometer langes Hochspannungsnetz an den staatlichen belgischen Konkurrenten Elia (60%) sowie an den australischen Fonds IFM (40%) verkauft, hat Eon noch im alten Jahr 2009 seine 11.000 Kilometer

umfassenden Netze an den holländischen Tennet-Konzern veräußert. Nun haben ja Brüssel und auch die deutschen Regulierungsbehörden den Stromversorgungsunternehmen im Sinne vermeintlicher wettbewerbskonformer Regelungen in der Vergangenheit stark zugesetzt, doch die jetzige Lösung könnte sich als Eigentor der Regulierer entpuppen. Der Bund der Energieverbraucher wies jetzt darauf hin, dass der Netzzugang für weitere Wettbewerber keineswegs verbessert würde und vor allem seien die Chancen für eine Deutsche Netz AG durch das Engagement ausländischer Betreiber erheblich reduziert worden, sagte der Vorsitzende der Energieverbraucher, Aribert Peters, gegenüber der „Frankfurter Rund-

schau“. Immerhin sollte die Deutsche Netz AG Bestandteil des Energiekonzeptes der schwarz-gelben Bundesregierung sein. Berlin will im Oktober das energiepolitische Konzept vorstellen. Man darf gespannt sein.

Es stellt sich in diesem Zusammenhang eine völlig andere Frage. Was liegt im nationalen Interesse? Im Privatisierungskult wurde auch die im staatlichen Besitz befindliche Bundesdruckerei in Berlin veräußert und dies war ein Fehler. Das Unternehmen wurde inzwischen wieder durch die Bundesrepublik zurückgekauft, weil sicherheitsrelevante Fragen im staatlichen Einfluss bleiben müssen, wenn nur daran erinnert werden darf, dass neben Banknoten vor al-

lem auch elektronische Ausweise, Führerscheine und andere Dinge durch die Bundesdruckerei hergestellt werden. In einem Umfeld des internationalen Terrors müssen solche sensiblen Bereiche im Einfluss des Staates bleiben.

Auch Hightech-Produkte wie der Brennstoffzellenantrieb für U-Boote sollten aus sicherheitsstrategischen Überlegungen im gesicherten nationalen Einfluss bleiben. Dies ist in den USA und vor allem auch in Frankreich selbstverständlich. Bekanntlich wurde die Frage aufgeworfen, HDW als Hersteller der modernsten konventionellen U-Boote der Welt an arabische Interessenten zu verkaufen.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Vor-

würfe gegen die Pharmaindustrie sei nur am Rande darauf hingewiesen, dass bereits in der Vergangenheit Frankreich wichtige große Pharmaunternehmen als strategisch bedeutend eingestuft hat. Frankreich wollte dokumentieren, dass in Zeiten nationaler Katastrophen das Land in der Lage sein muss, die Bevölkerung mit Medikamenten zu versorgen. Wie wichtig dies sein kann, haben die Aufregungen um die „Schweinegrippe“, die dann erfreulicherweise doch nicht die befürchtete Dimension hatte, bewiesen. Wohl dem, der eine leistungsfähige Pharmaindustrie hat.

Gewisse Dinge müssen im nationalen Einfluss bleiben und dies hat keineswegs etwas mit Chauvinismus zu tun.

ENERGIERIESE wird grüner, internationaler und robuster:

RWE AG als Fels in der Brandung

von Günter Spahn

Der RWE-Konzern hat sich auch im Wirtschaftskrisenjahr 2009 als ein „Fels in der Brandung“ gesehen – daran ließ der Vorstandsvorsitzende Dr. Jürgen Großmann auf der Bilanzpressekonferenz für das GJ. 2009 keinen Zweifel aufkommen. Der zu den fünf größten Strom- und Gasversorgern Europas zu zählende Energieriese hat – siehe Zahlen – seine Ergebnis- und Finanzziele für 2009 trotz der Rezession erreicht und konnte somit der allgemeinen Krise trotzen. Auch im laufenden GJ. 2010 wollen die Essener Akzente setzen und das hohe Ergebnis des Vorjahres deutlich übertreffen. Eine wichtige Rolle soll dabei auch künftig der übernommene niederländische Energieversorger Essent, die Nummer eins im niederländischen Energiegeschäft, spielen. RWE hat ganz klar die Marschroute ausgegeben: Weiter auf Wachstumskurs – auch in schwierigen Zeiten.

Mit 16 Millionen Strom- und 8 Millionen Gaskunden hat RWE eine solide Basis. Davon profitieren über 70.000 Mitarbeiter; entgegen dem allgemeinen Trend, so Großmann, hat RWE auch im GJ. 2009 in Deutschland fast 1.000 neue Mitarbeiter eingestellt und somit einen wichtigen Beitrag auch als Impulsgeber für Beschäftigung geleistet. Auch die Investitionen, die einen indirekten Beitrag für Beschäftigung leisten, wurden beim RWE-Konzern im GJ. 2009 erheblich aufgestockt. Bei einem Umsatz von 47.741 Millionen Euro (Vorjahr 48.950 Millionen Euro) hat RWE sogar das Betriebsergebnis um 3,9% auf 7.090 Millionen Euro in 2009 steigern können. Das Nettoergebnis stieg vom bereits hohen Niveau des Jahres 2008 (2.588 Millionen Euro) auf 3.571 Millionen Euro. Von den nüchternen Zahlen abgesehen, setzt Konzernchef Großmann neben den



RWE-Chef Dr. Jürgen Großmann beklagt viel Dogma bei Kohle und Kernenergie. © RWE

Investitionen vor allem auf Ideen und Innovationen, um RWE auch künftig im Wettbewerb in der ersten Reihe zu sehen. „RWE wird grüner, internationaler und robuster,“ sagte er auf der Bilanzpressekonferenz.

Die Essener planen im Zeitraum 2010 bis 2013 Investitionen von insgesamt 28 Milliarden Euro – dies seien, so Großmann, 7 Milliarden Euro pro Jahr für Wachstum und Innovationen, für Klimaschutz, Versorgungssicherheit und Wertehaltung. Spätestens in 15 Jahren, also im Jahr 2025, sollen 75% der RWE-Stromerzeugungskapazität CO 2-frei beziehungsweise CO 2-arm sein.

**CO 2-freie bzw. Co 2-arme Formel:
30 – 30 – 15**

Um diese 75% zu erreichen, geht Essen

davon aus, das neben dem Potenzial von 30% für erneuerbare Energien weitere 30% auf Gas beruhen und immerhin noch 15% der Kernenergie zuzurechnen wären. Die Voraussetzung für das Erreichen der ambitionierten Ziele wäre also, dass die Laufzeit der Kernkraftwerke in Deutschland verlängert wird und dass es für die EU auch nach 2020 bei klaren Zielen zur Minderung der CO 2-Emissionen bleibt. Das große Fragezeichen allerdings sind und bleiben die nach wie vor offenen politischen Rahmenbedingungen. Darauf hat auch Großmann in einem Brief an die Aktionäre und Freunde von RWE im Geschäftsbericht 2009 hingewiesen. „Ohne die milliarden-schweren Investitionsoffensiven der Versorger lassen sich die ehrgeizigen CO 2-Ziele der Bundesregierung und der EU nicht umsetzen. Was viele nicht wahrha-

ben wollen: Mit den Cash Flows aus bestehenden Kernkraftwerken, Kohle- und Gasblöcken finanzieren wir den Umbau zum klimaschonenden Energiemix.“ Leider sei, so Großmann weiter, in der öffentlichen Diskussion viel Dogma im Spiel, besonders wenn es um die wichtigen Themen Kohleverstromung und Kernenergie gehe.

Allein 2,4 Milliarden Euro – so Großmann auf der Bilanzpressekonferenz – wendet RWE jedes Jahr auf, um den Wert der Kraftwerke und Netze zu erhalten. Bei den Wachstumsprojekten würden von 2010 bis 2013 ein Drittel der Sachinvestitionen in die erneuerbaren Energien gelenkt, nämlich 5,7 Milliarden von rund 18 Milliarden Euro. Damit würden einschließlich der Investitionen in Gaskraftwerke zusammen mit Technologien in die erneuerbare Energie 50% auf Anlagen zur Co 2-freien oder Co 2-armen Stromerzeugung entfallen. Aber auch hocheffiziente Kohlekraftwerke, längst Hightech pur, machen weitere 25% aus. RWE nimmt im April 2010 in Lingen/Niedersachsen eine GuD-Doppelblockanlage mit 800 Megawatt in Betrieb und im rheinischen Neurath gehen zwei supermoderne Braunkohleblöcke der neuesten Generation mit einer Gesamtkapazität von 2.100 Megawatt im Laufe des nächsten Jahres ans Netz, ein Beitrag für die erhebliche Reduzierung von CO 2. Neben den „grünen“ Offensiven von RWE zur klimafreundlichen Stromerzeugung setzt der RWE-Konzern weiterhin auf den Ausbau des internationalen Geschäftes.

Internationales Geschäft wird erheblich ausgebaut

Bereits jetzt hat der Anteil des internationalen Geschäftes mit 34% die Drittschwelle überschritten. Der Anteil soll

bis 2013 auf 50% erhöht werden. Starke Aktivitäten hat RWE u.a. in Großbritannien, Tschechien, in der Türkei und in Serbien. Dort wurde eine Absichtserklärung zum Bau von Wasserkraftwerken bis zu 3.000 Megawatt abgeschlossen.

Chancen Nabucco-Pipeline

Im erweiterten Sinne gehören zu den internationalen Aktivitäten der RWE AG die Aktivitäten des Gasprojektes der Nabucco-Pipeline. Man sei zur Sicherstellung einer ausreichenden und vielfältigen Gasversorgung im Kontakt mit Aserbaidschan und Turkmenistan. Großmann will noch in der 1. Jahreshälfte 2010 bei diesem Projekt Fortschritte erzielen. Es gäbe genug Gas, um die Nabucco-Pipeline zu füllen. Ende 2010 sollen alle offenen Fragen geklärt sein, um 2011 mit dem Bau der Pipeline beginnen zu können. Drei bis vier Jahre nach Baubeginn, dies wäre dann etwa 2014, soll erstmals Erdgas auf direktem Weg aus der kaspischen Region nach Europa fließen. Nabucco, so Großmann, wäre ein Weg, den Gaswettbewerb in Europa zu beleben und die Abhängigkeiten beim Gasimport zu verringern.

RWE erzeugt, handelt, transportiert und vertreibt Strom und Gas. In Deutschland sieht sich der Konzern als die Nummer eins in der Stromerzeugung, als die Nummer zwei in den Niederlanden und als die Nummer drei im Vereinigten Königreich. Insbesondere beim Gasgeschäft wächst die RWE-Förderung überdurchschnittlich. Angesichts der weiteren höheren weltweiten Gasnachfrage will RWE den Anteil der Eigenproduktion weiter steigern. Damit wird RWE noch robuster. RWE geht den Schritt hin zu einem grünen, internationalen und robusten Konzern konsequent weiter.

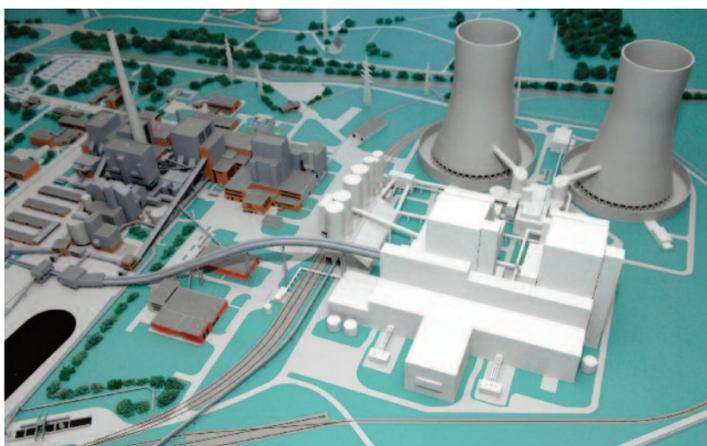
Energiefragen brauchen politischen Flankenschutz

> Günter Spahn

Die Energiewirtschaft braucht politische Klarheit zur Frage, wohin die energiepolitische Reise gehen soll. Energie soll immer für die Verbraucher in gesicherten und genügenden Mengen vorhanden sein; sie soll aber auch bezahlbar sein. In einer sehr sensibilisierten Gesellschaft, insbesondere in Deutschland, hat über die aufgezählten Prämissen der Klimaschutz einen weiteren hohen Stellenwert eingenommen. Ein Beispiel dafür sind die Klimakonferenzen, die umwelt- und klimapolitische Vorgaben einer CO 2-freien- oder CO 2-armen Energieerzeugung formulieren sollen.

Dies alles macht die energiepolitische Behandlung der Rahmenbedingungen für die Energiewirtschaft nicht einfacher, vor allem auch deshalb nicht, weil wichtige Technologien der Stromerzeugung zu wenig Akzeptanz in der Gesellschaft haben. Die Unternehmen der Energiewirtschaft brauchen aber wiederum für milliardenschwere Investitionen in die Energieinfrastruktur politischen Flankenschutz. Wer lenkt schon riesige Finanzmittel in spätere „Investitionsruinen“? Vor allem aber braucht die Energiewirtschaft ein Umfeld, das frei ist von ideologischen Vorgaben oder gar von energiepolitischen Glaubenskriegen etwa um die Kernenergie oder die technisch längst lösbare umweltfreundliche Verstromung mit Kohle. Es ist in unserer Gesellschaft (und leider schiebt die Poli-

tik aus wahltaktischen Gründen auf die breite Öffentlichkeit) leider zu wenig Allgemeingut, dass es das „Ideal“ nicht gibt und auch nicht geben kann. Vereinfacht ausgedrückt: man kann gegen alles Bedenken haben.



Moderne Kohlekraftwerke (RWE-Projekt Hamm) helfen dem Klimahaushalt. © RWE

Ein Beispiel dafür ist die klassische Form der regenerativen Stromerzeugung mit Wasserkraftwerken, um die es ja auch längst Glaubenskriege gibt. Die einen sehen Eingriffe in die Natur, andere bemängeln bei internationalen Großprojekten (wie in China), die damit verbundene Umsiedlung der Menschen. Aber auch die viel postulierte Stromerzeugung durch die Windkraft ist ja ebenfalls umstritten und zwar immer dann, wenn große „Windparks“ sozusagen vor der Haustüre realisiert werden sollen. Viele

Umweltschützer sehen auch da inzwischen eine Verschwendung. In Deutschland selbst will die neue Bundesregierung ihr energiepolitisches Gesamtkonzept am 1. Oktober 2010 vorlegen. Dabei muss dann endlich ge-

klärt werden, wie die Fragen des Klimaschutzes mit der Versorgungssicherheit in Einklang gebracht werden. Auch der Frage, welche Rolle die Kernenergie als Brückentechnologie in den nächsten Jahrzehnten in Deutschland spielen soll oder darf, kann dann nicht mehr ausgewichen werden. Deutschland befindet sich in der Bewertung der Kernenergie auch im europäischen Maßstab in einer Außenseiterrolle. Selbst wenn ein Jahrtausend-Projekt wie das Wüstenstrom-Vorhaben Desertec,

mit einer gewaltigen Investitionssumme von 400 Milliarden Euro, je Wirklichkeit werden sollte und damit 15% des europäischen Stroms zur Verfügung stellen würde, werden wir den Rest keineswegs mit regenerativen Techniken zur Verfügung stellen können. In der Grundlast wird man auch künftig an konventionellen Kraftwerken nicht ganz vorbeikommen. Ganz abgesehen davon, dass auch Desertec umweltpolitisch bereits im Sperrfeuer liegt. Das Vorhaben sei zu teuer und zu stark auf die „Konzerne“ zugeschnitten. Auch werden sicherheitspolitische Bedenken (Abhängigkeit von instabilen Ländern) genannt. Zumindest die saubere und technisch machbare Verstromung mit Kohle muss jetzt konkret energiepolitisch angegangen werden, denn ohne klar planbare Vorgaben zum Thema CCS (Abscheidungstechnik von CO 2) ist es für die Energiewirtschaft nicht verantwortbar, in eine entsprechende Technologie zu investieren. Insbesondere die Braunkohle bleibt die wichtigste im nationalen Einfluss stehende Energieressource. Die Technik für eine CO 2-arme Stromerzeugung mit Braunkohle steht zur Verfügung und würde im Übrigen den deutschen Herstellern von entsprechenden Kraftwerken (Siemens etwa) ein starkes internationales Marktpotenzial, das der deutschen Volkswirtschaft helfen könnte, eröffnen. Die Bundesregierung muss jetzt verbindlich zum Thema CCS Rahmenbedingungen festlegen.

Die Stromspeicherung und die Energiepolitik

Statement von Dr. Jürgen Großmann, Vorstandsvorsitzender der RWE AG:

Um die schwankende Stromerzeugung aus Erneuerbaren besser zu nutzen, brauchen wir die Stromspeicherung. RWE arbeitet mit General Electric, Züblin und dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt an einem sogenannten adiabaten Druckluftspeicher. Damit soll zu Zeiten eines hohen Stromangebots Luft komprimiert und in unterirdische Kavernen gepresst werden. Bei steigendem Strombedarf kann diese Druckluft unter Nutzung der zuvor gespeicherten Wärme zur Stromerzeugung in einer Turbine verwendet werden. Beim Thema Stromspeicher verstehe ich nicht, dass die Bundesnetzagentur den Pumpstrom seit 1. Januar 2008 mit Netznutzungsentgelten belegt und der Gesetzgeber dieses auch noch bestätigt hat. Dadurch wird der Betrieb bestehender Speicher wirtschaftlich beeinträchtigt und der Neubau dieser dringend benötigten Speicher gefährdet. Meines Erachtens ist es Aufgabe der Politik und des Bundesumweltministers, solchen Bestrebungen entgegen zu treten und klare Regeln zu schaffen, die den Ausbau solcher Speicher fördern.

EON AG erzielte durch Portfoliobereinigung bereits 6 Milliarden Euro

Energieriese hat auch in der Wirtschaftskrise Kurs gehalten

> Günter Spahn

Die Konzernbilanzkonferenz der Düsseldorfer Eon AG zum Geschäftsverlauf im Jahr 2009 nutzte der scheidende Vorstandsvorsitzende, Dr. Wulf H. Bernotat zu einigen grundsätzlichen Aussagen zum Umfeld der Energiewirtschaft. Bernotat, seit 2003 Chef der zu den weltweit größten Unternehmen der Branche zu zählenden Eon AG, hatte bereits im letzten Jahr auf der Hauptversammlung erklärt, nach Ablauf seines Vertrages Ende April 2010 für eine weitere Amtsperiode nicht mehr zur Verfügung zu stehen. Mit Dr. Johannes Teysen wird ein Eigengewächs (über 20 Jahre bei Eon bzw. bei Vorgängergesellschaften) die Verantwortung am 1. Mai 2010 übernehmen und auch das zehnjährige Jubiläum der Eon AG, die aus der Fusion der Veba (PreussenElektra) und Viag (Bayernwerk) entstand, feiern. Die Entwicklung der Eon AG stellt eine der ganz großen Erfolgsgeschichten der deutschen Wirtschaft dar – die traditionsreichen Vorgängergesellschaften, insbesondere die damaligen „Stromversorger“ Bayernwerk und PreussenElektra, sind heute schon fast nicht mehr im Bewusstsein jüngerer Pressekollegen. Bernotat hat jetzt zum Abschluss seiner Amtszeit bei Eon nochmals ein Jahresergebnis präsentiert, das bei Berücksichtigung des Höhepunktes der Wirtschaftskrise im Jahre 2009 nicht nur zufriedenstellend, sondern sogar hervorragend ist. Von einem außerordentlich hohen Niveau des Jahres 2008 gingen auch bei Eon infolge der Rezession bei weniger Abnahmen von Strom und Gas durch die Wirtschaft die Umsätze um 6% auf 81.817 Millionen Euro (Vj. 86.753 Mio. Euro) zurück. Das bereinigte Ebitda konnte trotzdem sogar geringfügig um 1% auf 13.526 Millionen Euro (Vj. 13.385 Mio. Euro) gesteigert werden und der Konzernüberschuss erreichte immer noch eine beeindruckende Größe von 5.328 Millionen Euro (Vj. 5.597 Mio. Euro).

Eon ist mit seiner enormen Investitionskraft ein stabilisierendes Element auch für die volkswirtschaftliche Erfolgsrechnung Deutschlands. Dies ist auch insofern bemerkenswert – und darauf wies Bernotat bei seiner letzten Bilanzpressekonferenz bei Eon auch hin –, weil sich die Energiewirtschaft insbesondere im letzten Jahrzehnt in einem gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Umfeld star-

Belastungen durch Steuern und Abgaben heute auf dem Niveau von 1998! Dies bedeute aber, so der Eon-Chef weiter, dass im Endkundengeschäft keine Ergebnissteigerungen darstellbar waren. Wie bereits sein RWE-Kollege Großmann hat auch Bernotat nochmals verdeutlicht, dass man auf dem Weg zu mehr erneuerbaren Energien noch für längere Zeit nicht auf Energieträger wie

werden, wenn man die angestrebten Klimaziele in den nächsten zwei Jahrzehnten erreichen wolle. Erneut forderte auch Bernotat klare und verlässliche Rahmenbedingungen für Milliarden-Investitionen. Dazu zählte er auch die Entwicklung leistungsfähiger Energiespeicher, die grundlastfähig werden müssen. Für innovative Energiekonzepte der Zukunft sei aber die Moderni-

ten Konzepten kommen und damit eine klare Richtung vorgeben. „Wir alle wollen diese Art von Energiezukunft. Die Energieunternehmen sind bereit und in der Lage, die dafür notwendigen Mittel zu investieren. Es kann aber nicht sein, dass wir für Investitionen in die Zukunft bestraft werden. Dies wäre aber bei der derzeitigen regulatorischen Praxis durchaus der Fall, weil noch nicht einmal die Kapitalkosten gedeckt wären.“

Neben den erwähnten Investitionen für die klimafreundliche Energiezukunft – dazu zählen auch Effizienzsteigerungen – verfolgt Eon auch die Investitionsstrategie in langfristiges Wachstum und durchaus auch die Optimierung des Portfolios durch Desinvestitionen, also Verkäufe. Bereits 2009 hat sich Eon von seinem Höchstspannungsnetz getrennt. Damit hat das Unternehmen eine Verpflichtung gegenüber der EU-Kommission ebenso umgesetzt wie die Abgabe von ca. 5.000 Megawatt Erzeugungskapazität. Weiterhin wurde ein Großteil der Thüga an ein Stadtwerke-Konsortium veräußert. Die insgesamt vorgenommene Portfoliobereinigung hat bisher ein Volumen von ca. 6 Milliarden Euro. Insgesamt will Eon bis Ende 2010 zur Stärkung der Finanz- und Investitionskraft ca. 10 Milliarden Euro Desinvestitionen realisieren.

Es wurde bereits einleitend erwähnt: Eon entwickelte sich in den 10 Jahren seit der Fusion zu einer bemerkenswerten Erfolgsstory. Der Konzern ist für die künftigen Herausforderungen gut aufgestellt und kann sich auf eine gesunde bzw. solide Basis stützen. Der scheidende Vorstandschef Bernotat übergibt seinem Nachfolger ein wohlbestelltes Haus. Dennoch wird der neue Konzernchef Teysen – und dies muss auch so sein – neue Konzepte für die weitere Konzernentwicklung präsentieren. Deutschland befindet sich in der glücklichen Lage, mit Eon und RWE gleich zwei herausragende Player der Energiewirtschaft im Markt zu haben, die auch international hervorragend positioniert sind.



Stabwechsel: Dr. Wulf H. Bernotat (links), seit 7 Jahren Konzernchef der Eon AG, übergibt am 30.4.2010 die Verantwortung als Vorstandsvorsitzender an Dr. Johannes Teysen (rechts), der seit 1989 im Eon-Konzern (Vorgängerunternehmen) tätig ist. © Eon

ker Drücke auf das Netz- und Endkundengeschäft befunden hat. Bernotat: „In einer Zangenbewegung haben Regulierung und neue Wettbewerber den Markt verändert. Netzentgelte sind heute signifikant tiefer als 2003, und der Preis für Strom, den ein Haushalt heute zahlen muss, wäre ohne die ständig gestiegenen

Gas oder Kohle im Energiemix verzichten könne. Es sei darüber hinaus eine offene Frage, ob man für die wünschenswerten Abtrennung von CO₂ und die dann folgende Speicherung die notwendige politische und gesellschaftliche Akzeptanz erhalte. Auch die CO₂-freie Kernkraft könne nicht einfach verdrängt

werden und das Schaffen intelligenter Stromnetze eine wesentliche Voraussetzung. Dieses riesige Investitionspotenzial könne – so Bernotat weiter – aber nur gelöst werden, wenn Wettbewerbspolitiker und Klimaschützer, Ökonomen und Ökologen im Rahmen einer künftigen Energie- und Klimapolitik zu konsisten-

Eon engagiert sich bei der innovativen Elektromobilität

Die Frage der automobilen Zukunft ist noch offen, wenngleich Trends erkennbar sind. Ziel ist jedoch, die CO₂-Emissionen beim Automobil deutlich zu reduzieren oder sogar ganz zu eliminieren. Verschiedene Konzepte des Antriebes wurden immer wieder genannt, um einige ist es stiller geworden. Während vor noch nicht allzu langer Zeit der Brennstoffzellenantrieb und auch Wasserstoff-Konzepte eine gewisse Favoritenrolle einnahmen, sind die neuen Hoffnungsträger beim automobilen Antrieb Erdgas, Bio-Erdgas und vor allem auch der Elektroantrieb, wenngleich gerade dieser noch vor einer breiteren Markteinführung steht. Dies könnte sich aber bald ändern, denn Eon setzt seine Expertise ein, um mit renommierten Automobilherstellern entsprechende Konzepte über Kooperationen voranzutreiben. Derzeit demonstrieren BMW und Eon in München gemeinsam seit dem Sommer 2009, dass rein elektrisch betriebene Autos eine Alternative zu Fahrzeugen mit klassischem Verbrennungsmotor werden können. Neben dem Münchener Projekt führt Eon mit dem VW-Konzern und weiteren Partnern ein Kooperationsprojekt

durch, bei dem noch im Laufe dieses Jahres der VW Golf TwinDrive zum Einsatz kommen wird. Bei diesem „Plug-In-Hybrid“ wird ein Verbrennungsmotor mit einem elektrischen Antrieb kombiniert. Weitere Projekte führt Eon mit Partnern aus der Automobilwirtschaft im Vereinigten Königreich sowie in Schweden durch. Hat Elektromobilität Zukunft? Dies ist nicht nur eine gesellschaftspolitische Frage. Die Beantwortung erfordert eine Harmonisierung der weltweiten Automobilwirtschaft. Automobile müssen weltweit absetzbar sein und da hat es keinen Sinn, wenn der eine Anbieter auf Gas setzt und andere auf Elektromobilität. So wie sich weltweit der Ottomotor durchsetzte, so wird auch künftig nur ein Antriebskonzept Bestand haben. Elektrofahrzeuge haben dabei eine gute Chance, sich durchzusetzen. Allerdings wird die Entwicklung der Elektromobilität zur Marktreife noch einige Jahre in Anspruch nehmen. Eon ergänzt die laufende Entwicklungsarbeit neben den bereits erwähnten Kooperationen durch die Zusammenarbeit mit renommierten Instituten. Dazu zählen die Fraunhofer Institute für Solare Energiesysteme und für System- und Innovationsforschung, das Fachgebiet Elek-



Eon sieht im Elektroantrieb der Automobile ein hohes Zukunftspotenzial. © Eon

trische Energieversorgungsnetze der TU München und das Institut für Hochspannungstechnik der RWTH Aachen. Darüber hinaus testet Eon mit der TU Braunschweig eine zukunftsweisende kabellose Stromtankstelle. Die Fahrzeugbatterie wird dabei berührungslos aufgeladen. Bei der Elektromobilität der Zukunft

spielen die sogenannten intelligenten Netze eine interessante Rolle. Die wachsende Anzahl der Elektrofahrzeuge bietet einem Unternehmen wie Eon die Chance, mit Hilfe der Fahrzeugbatterien die Erzeugung von Strom aus erneuerbaren Energien weiter zu steigern. Dabei sollen die Elektrofahrzeuge gezielt dann

aufgeladen werden, wenn ein hohes Stromangebot auf eine geringe Nachfrage trifft, etwa wenn nachts viel Windenergie zur Verfügung steht. Dies wäre dann gleichzeitig ein Weg, über die Elektromobilität die erneuerbaren Energien mit ihrer schwankenden Stromproduktion effizienter zu nutzen. Darüber hinaus könnte ein Netzbetreiber bei Verbrauchsspitzen sogar Strom aus geparkten Elektroautos in das Netz zurückspeisen. Um den dazu notwendigen Datenaustausch zu ermöglichen, werden Kommunikationsnetze (vergleichbar mit dem Internet) parallel zu den Stromleitungen entstehen. Diese intelligenten Netze, auch „Smart Grids“ genannt, werden eine wichtige Rolle einnehmen. Von zentraler Bedeutung sind dabei auch die intelligenten Stromzähler. Sie werden die Position einer entscheidenden Schnittstelle zwischen Erzeugern und Verbrauchern einnehmen. Bereits jetzt erforscht Eon, wie sich die Stromnetze weiterentwickeln müssen, wenn in Zukunft Millionen Elektroautos geladen werden. Inzwischen sieht auch die Bundesregierung das enorme Potenzial und unterstützt den „Flottenversuch Elektromobilität“.

STROMÜBERTRAGUNGSNETZE sind der eigentliche Blutkreislauf der Wirtschaft:

Ohne sichere Stromverteilung nützen innovative Erzeugungstechnologien nichts

> Günter Spahn

Eigentlich müsste es allen klar sein: Ohne eine effiziente und vor allem funktionierende Stromübertragung – sei sie vom konventionellen Kraftwerk oder von regenerativen Anlagen – nützen selbst innovativste Stromerzeugungsanlagen nicht viel. Elektrischer Strom muss beim Kunden, sei er privater Endverbraucher oder Teilhaber der Wirtschaft, ankommen, damit er Maschinen antreiben kann, die Kaffeemaschine in Gang bringt oder im Operationsaal medizinische Hightech-Geräte zum Einsatz bringt. Die Entwicklung von intelligenten Stromnetzen und deren Aus- und Umbau ist eine entscheidende Voraussetzung für die Integration der erneuerbaren Energien in die zukünftige Stromversorgung von Verbrauchern und Industrie.

Als vor einigen Tagen die Meldung in den Zeitungen stand, dass nun auch Vattenfall, nachdem bereits Eon im letzten Jahr seine Hochspannungsnetze auf mehr oder weniger dezentes Druck der EU abgab, sein Hochspannungsnetz veräußert, hat immerhin der Bund der Energieverbraucher Bedenken angemeldet. Die Strompreise würden keineswegs dadurch sinken und auch der Netzzugang für Wettbewerber würde nicht verbessert. Schließlich sei eine wichtige Technologie weitgehend nun in ausländischen Händen. Ist dies nun alles übertrieben?

In der Tat kommt es auf die Qualität der Stromübertragungsnetze an. Sie sind sehr kapitalintensiv und wenn die Netze nicht ständig gewartet werden, ist es zum „Blackout“, wie wir ihn wiederholt in den USA, aber auch im benachbarten Frankreich erleben konnten, nicht weit. Nicht nur Laien sind sich oft nicht bewusst, was Übertragungsnetze eigentlich konkret sind.

Große Kraftwerke sind auch in der optischen Wahrnehmung der Menschen gegenwärtig. Doch die Stromerzeugung ist



Durch die Transformation auf eine höhere Spannungsebene ist der wirtschaftliche Transport von Strom über lange Strecken erst möglich. © ABB

ja nur die eine Seite der Medaille. Der „Transport des Produktes Strom“ über Leitungen zum Verbraucher ist eine hochkomplizierte Angelegenheit, egal ob er über sichtbare „Freileitungen“ oder im verborgenen-liegenden Erdkabel vorgenommen wird. Die großen Stromleitungen über Land sehen die Leute noch. Was soll da kompliziert sein? Zwischen zwei Pfosten (meist Gittermasten aus Stahl) hängt eine Wäscheleine, das Stromübertragungskabel. Dies dürfte ja noch die einfachste Sache in der Energiewirtschaft sein – so denken viele Bürger und sie denken natürlich falsch ... Das heutige Übertragungsnetz ist in Deutschland historisch gewachsen. Vor über 100 Jahren entstanden die ersten

regionalen Versorgungsbetriebe. Mit dem steigenden Bedarf an Elektrizität und der damit verbundenen Forderung nach Verbesserung der Versorgungssicherheit wurden durch die Energiewirtschaft die bestehenden Höchstspannungsnetze zusammengeschaltet. Es entstand das „Deutsche Verbundnetz“. Dabei sind die sichtbaren Netze oder die Erdkabel keineswegs der alleinige Bestandteile der Netzinfrastruktur. Denn eigentlich beginnt das „Netz“ mit der Ablieferung des Produktes Strom durch den Generator. Um aber den erzeugten Strom „transportfähig“ zu machen, muss er auf die richtige passende Spannung „transformiert“ werden und diese Aufgabe übernimmt zum Beispiel bereits

am Kraftwerk der Transformator, der aber bereits zur Netzinfrastruktur gehört. Transformatoren ermöglichen erst eine effiziente Stromübertragung und auch grenzüberschreitende (wegen verschiedener Spannungen) Verbindungen. Transformatoren – dies können Kolosse mit einem Gewicht von über 1000 Tonnen sein – erhöhen oder vermindern die Spannung, ein wesentliches Element des Übertragungs- und Verteilungsprozesses, aber auch in den Netzverzweigungen bei den Umspannwerken.

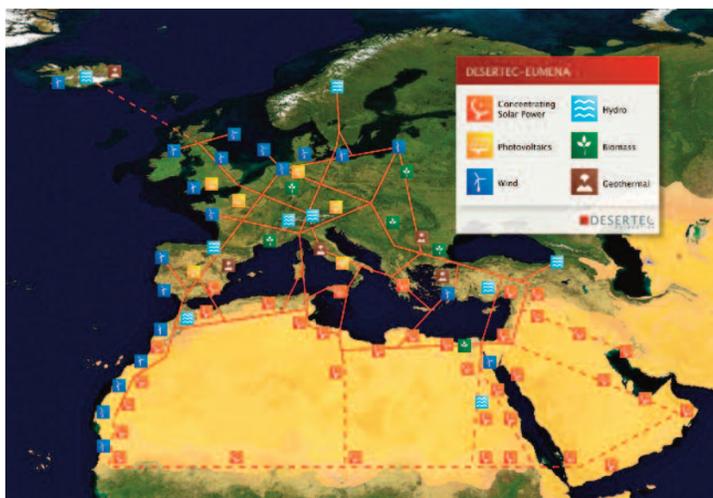
An den Nahtstellen zwischen Höchstspannung, Hochspannung und Mittelspannung sind Umspannwerke sowie Verteilerstationen und Schaltanlagen – alles ebenfalls Bestandteil der Netzin-

frastruktur – erforderlich. Gasisolierte Schaltanlagen (hier sind ABB und Siemens Weltmarktführer) „schalten“ und unterbrechen den Strom. Flexible Wechselstrom-Übertragungssysteme steigern die Kapazität bestehender Netze und verbessern die Netzqualität. Von großer Wichtigkeit sind Netzwerk-Managementlösungen, die für einen ungehinderten Stromfluss sorgen. Schließlich gehören zur Stromnetzinfrastuktur bereits am Generator die HEC-Generatorleistungsschalter, die die Aufgabe haben, Kurzschlussströme zu unterbrechen, die ansonsten hoch genug wären, riesige stählerne Generatorwellen zu verformen.

Diese wenigen Erläuterungen mögen unterstreichen, dass Netze viel mehr sind, als die eingangs erwähnte „Wäscheleine zwischen den Pfosten“. Bereits der Bau etwa einer Hochspannungsleitung ist eine hoch komplizierte Angelegenheit, wie der Autor dieses Beitrages, der als junger Werkstudent den faszinierenden Freileitungsbau kennenlernte, bestätigen kann. Es fängt bereits beim Erdaushub für die gewaltigen stählernen Gittermasten an, auf die später große Zugkräfte einwirken. Unglaubliche Mengen von Beton, später nicht mehr sichtbar, füllen das Fundament und sichern die Maststabilität. Das eigentliche Spannen der Stromkabel, der „Seilzug“, gehört zu den schwierigsten Aufgaben der Bautechnik. Stromfreileitungen sind ein anspruchsvolles Produkt; die dazugehörige und zum großen Teil für den Laien unsichtbare Infrastruktur mit Transformatoren, Schaltanlagen und Umspannwerken ist Technologie vom Feinsten.

Diese Höchstspannungsnetze werden jetzt durch die intelligenten Stromnetze zum „Elektrointernet“ weiterentwickelt. Hier handelt es sich aber nicht um die beschriebenen Freileitungsnetze, sondern um „Smart Grids“ als Verteilnetze. Netze sind zu kompliziert, als dass sie zur plakativen Spielweise von Ideologen und auch Bürokraten – wo auch immer – werden dürfen. Der Versorgungssicherheit und Qualität zuliebe.

JAHRTAUSENDVORHABEN DESERTEC funktioniert nur mit einer Hightech-Energieübertragung: Pilotprojekt in China belegt die deutsche Netzkompetenz für Desertec



Die Dimension ist gigantisch! Mit einer Investitionssumme von 400 Milliarden Euro sollen spätestens bis zum Jahr 2050 der europäische Energiebedarf durch riesige Solarkraftwerke in Nord-Afrika und dem Mittleren Osten erzeugt und über hocheffiziente „Stromautobahnen“ nach Europa übertragen werden. Der weltgrößte Rückversicherer, die Münchener Rück, hat im Sommer 2009 eine Initiative angestoßen, die das Vorhaben strukturieren und umset-

zen soll. Inzwischen haben 13 Gesellschafter das Gemeinschaftsunternehmen einer Desertec Industrial Initiative (unter dem Begriff Desertec ist das Projekt bekannt geworden) gegründet. Unter den teilnehmenden Firmen sind so renommierte Adressen wie ABB Deutschland, Eon AG, Münchener Rück (Munich Re), MAN, RWE, Schott und Siemens.

Desertec ist ein visionäres Projekt, das einen wesentlichen Beitrag zu einer nachhaltigen europäischen Energiever-

sorgung leisten kann. Technisch ist die Aufgabe lösbar.

Das Potenzial ist enorm. Die Wüstenregionen der Erde empfangen in sechs Stunden mehr Energie als die Menschheit in einem Jahr verbraucht. In der Sahara steht die Sonne über 4.800 Stunden im Jahr zur Stromerzeugung zur Verfügung. Zum Vergleich: Das ist etwa dreimal soviel wie in Deutschland. Solarkraftwerke auf einer Fläche von 300 Kilometer mal 300 Kilometer würden ausreichen, um den gesamten weltweiten Energiebedarf zu decken. Die Desertec-Initiative zielt darauf ab, bis 2050 einen Anteil von 15 bis 20% des europäischen Strombedarfs als Solar- und Windstrom zu liefern.

Damit diese enorme Herausforderung umgesetzt werden kann, bedarf es einer gewaltigen Anstrengung, um den „Afrika-Strom“ nach Europa zu bringen. Immerhin muss beim Desertec-Projekt der in den Wüstenregionen erzeugte Strom über eine Strecke von etwa 2.000 Kilometer von Nordafrika ausgehend „transportiert“ werden. Doch sind derartige Entfernungen für die Übertragung mit einer Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ) kein Problem. Bei einem von Siemens realisierten HGÜ-Projekt in Chi-

na, wird beispielsweise eine Leistung von 5.000 Megawatt (dies entspricht der mehr als dreifachen Erzeugungskapazität eines modernen deutschen KKW) von Wasserkraftwerken im Landesinnern über 1.400 Kilometer in die Megacities an der Küste übertragen. Dank dieser Stromautobahn kommen davon 95% in den Verbrauchszentren an. Bei Wechselstrom-Leitungen wären es 400 Megawatt weniger. Mit einem intelligenten Energienetz, das über Ländergrenzen hinweg reicht, kann Desertec umgesetzt werden. Um das visionäre Vorhaben für erneuerbare Energien erfolgreich zu installieren, sind auch Super-Transformatoren (siehe obigen Beitrag zur Infrastruktur der Stromnetze) der allerneuesten Generation erforderlich. Der weltweit erste 800 Kilovolt Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-Transformator, Technologie vom Siemens-Trafwerk in Nürnberg (siehe auch Bild), ist ein wesentlicher Bestandteil beim Bau effizienter Stromautobahnen.

Die deutsche Wirtschaft hat genügend Expertise, um das Projekt Desertec erfolgreich zu installieren. Neben Siemens ist auch ABB Deutschland eine herausragende Adresse in der Initiative mit hervorragenden Referenzen in der Stromübertragung. Ob Desertec freilich tat-

sächlich realisiert wird, hängt auch vom politischen Gestaltungswillen der Europäer ab. Die Technologie vor allem in der anspruchsvollen Stromübertragung steht zur Verfügung. Jetzt ist die Politik gefragt und selbstverständlich wollen 400 Milliarden Euro auch finanziert werden. Doch Visionen waren zunächst nie einfach. Sp



Der weltweit erste 800 kV HGÜ Transformator im Werk Nürnberg. © Siemens